

Die „Arbeit“ erscheint wöchentlich, Donnerstags und Sonntags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Bestellung des Jahres für Groß-Berlin 20,- M., im übrigen 25,- M., bei Spedition (jährlich abgelaufen) 4,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Kreisblatt bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., einschließlich Postumschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M., für Belgien, Spanien und Portugal 35,- M., für die übrigen Länder 40,- M. Verlags- und Druckerei: Berlin E. 2, Große Straße 22.

Die abendliche Hauptausgabe über deren Raum kostet 1,- M., einschließlich Postumschlag. Klein-Ausgaben: Das festgedruckte Wort 1,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Postumschlag. Druckerei: Zentrum Dr. 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Kronstadt eingenommen

Stockholm, 17. März.

Aus Riga wird telegraphiert: Der bevollmächtigte Vertreter der Sowjetregierung in Lettland erhielt ein Telegramm vom Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten in Moskau, wonach Kronstadt von den Sowjettruppen eingenommen worden ist.

Stockholm, 17. März.

Die Mitteilung von dem Fall Kronstadts wird von dem Kronstädter Revolutionskomitee, das mit 800 Soldaten in Finnland angekommen ist, bestätigt.

Nach den vorliegenden Meldungen scheint es nunmehr keinem Zweifel zu unterliegen, daß der Kronstädter Aufstand von der Sowjetregierung unterdrückt worden ist. Auf diesen Ausgang war von vornherein zu rechnen, da die Kronstädter Aufständischen weder in der Lage waren, sich längere Zeit ohne Lebensmittelfuhr zu halten, noch militärisch stark genug waren, um einem konzentrischen Anmarsch der Roten Truppen Widerstand zu leisten.

Wenn der Kronstädter Aufstand in der ganzen Welt höher eingeschätzt wurde, als es nach dem geschilderten Kräfteverhältnis richtig gewesen wäre, so erklärt sich das vor allen Dingen daraus, daß man außerhalb Rußlands immer noch an der alten Uebung festhält, nicht die inneren Erscheinungen im Staatlichen und gesellschaftlichen Leben Rußlands zu verfolgen, sondern äußerlich dramatische Vorgänge, ohne Zusammenhang mit ihren inneren Triebkräften, über alle Gebühr aufzubauschen und sensationell auszuschlachten. Hinzu kommt noch das geistliche Bestreben der bürgerlichen Presse und der zahlreichen russischen Emigrantengruppen im Ausland, das rein militärische Moment der letzten Vorgänge in den Vordergrund zu schieben und im Sinne der Konterrevolution auszuschlachten. Mit verdächtigem Eifer suchten die weißgardistischen Elemente der russischen Emigration, sich der Bewegung der Kronstädter Matrosen anzubiedern, die an sich nichts mit den Zielen und Bestrebungen der russischen Konterrevolutionäre zu tun hatten.

Der Kronstädter Aufstand bleibt, geschichtlich betrachtet, eine Episode, deren Verlauf nicht zweifelhaft sein konnte. Die Bedeutung der letzten Vorgänge in Rußland liegt nicht darin, daß sich ein Teil der militärischen Kräfte gegen die Sowjetregierung auflehnt hat, sie liegt vielmehr in der Tatsache, daß die militärische Bewegung sich auf dem Boden einer tiefen Gärung in den Arbeitermassen abspielte konnte. Die Bewegung der Arbeitermassen in Petersburg ging den Kronstädter Vorgängen voraus und es ist außerordentlich charakteristisch, daß nicht nur die Kronstädter Matrosen sich die Parolen der streitenden Petersburger Arbeiter aneigneten, sondern daß auch diese sich im Petersburger Sowjet mit einer scharfen Kritik Sinowjews, wie der gesamten Politik der kommunistischen Partei, hervorwagten und mit Entrüstung die Anschuldigung zurückwiesen, daß die Kronstädter Bewegung eine „weißgardistische“ und „ententistische“ sei. Dieses Auftreten einzelner Vertreter des Petersburger Proletariats ist für die Einschätzung der gegenwärtigen Vorgänge in Rußland wichtiger als alles militärische Drum und Dran, denn es zeigt uns, daß sich in den breiten Massen des russischen Proletariats ein psychologischer Umschwung vorbereitet,

der in seinen Auswirkungen die herrschende kommunistische Partei zwingen muß, ihre Regierungsmethoden radikal zu ändern, wenn sie sich nicht der Gefahr aussetzen will, von der Arbeiterschaft völlig isoliert zu werden und die Bewegung in den Massen bis zu einer Katastrophe zu verschärfen, die nicht nur für sie, sondern mehr noch für die russische Revolution verhängnisvoll wäre.

Daß mindestens ein Teil der bolschewistischen Führer sich dieser fundamentalen Tatsache nicht verschließt, geht aus den Aeußerungen hervor, die Lenin auf dem in diesen Tagen stattgefundenen Kongreß der kommunistischen Partei Rußlands getan hat. Nach großspurigem Begrüßungsreden ausländischer Vertreter, von denen Kurt Geyer, der bekannte Spezialist für revolutionäre Wetterprognosen, ankündigte, daß die Stunde des Endkampfes in Deutschland „nicht mehr fern“ sei, erklärte Lenin sehr kühl, daß die Russen in keinem Falle den schnellen Sieg der Weltrevolution in ihre politischen Rechnungen aufnehmen könnten und deshalb mit den bürgerlichen Regierungen ein Uebereinkommen treffen und den ausländischen Kapitalisten Konzessionen erteilen müßten. Auch den Bauern gegenüber müsse eine andere Stellung eingenommen werden. An die Stelle der bisherigen Requisitionen von Lebensmitteln soll nun die Einführung von Naturalien scheinen treten, die in Lebensmitteln zu leisten sind und die nur einen Teil der Ernte in Anspruch nehmen werden. Den Ueberfluß jedoch sollen die Bauern im Wege des freien Handels verkaufen dürfen. Diese Konzession an die Bauernschaft bedeutet nicht nur ebenso wie die Konzessionen an die ausländischen Kapitalisten, die völlige Kapitulation vor den besiegenden Klassen, sie bedeutet auch eine radikale Umgestaltung der gesamten Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung, die von einem Extrem in das andere umschlägt und sich etwa auf den Boden des Programms des deutschen Reichsernährungsministers Herme stellt. Daß eine derartige, unter dem Druck der Verhältnisse herausgeschworene Schwankung in der Bauernpolitik zwangsläufig auch eine Aenderung der gesamten Wirtschaftspolitik nach sich ziehen muß, liegt klar auf der Hand. Und die heftigen Auseinandersetzungen, die seit Monaten, in Verbindung mit der scharfen Kritik der Sowjetbureaucratie und der Frage der Rolle der Gewerkschaften beim Wiederaufbau der Produktion, in der russischen kommunistischen Partei stattfinden, sind ein Beweis dafür, daß sich immer größere Kreise der kommunistischen Arbeiter in Rußland des Ernstes der Situation bewußt werden und nicht mehr willens sind, dem Wackdünkel und den hitzverbrannten Ideen einer Schicht diktatorischer Führer die Interessen der arbeitenden Klasse und die Zukunft der russischen Revolution zu opfern.

Von der Zunahme der sozialistischen Erkenntnis und der Steigerung der Selbsttätigkeit in den Reihen der kommunistischen Arbeiter, wie des russischen Proletariats überhaupt, hängt es letzten Endes ab, ob die russische Revolution einen Ausweg aus der Sackgasse findet, in die sie von den kommunistischen Diktatoren getrieben worden ist. Bleibt die kommunistische Diktatur über das Proletariat erhalten, fährt die Sowjetregierung fort, sich mit den Mitteln des Terrors und der Unterdrückung des proletarischen Massenwillens an die Macht zu klammern, so ist eine Lösung der russischen Krise im Sinne des Sozialismus und des internationalen Proletariats nicht zu erwarten.

Der italienische Gewerkschaftskongreß

Von unserem italienischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Im selben Raume, wo vor wenig Wochen der Kongreß der italienischen sozialistischen Partei stattgefunden hat, tagte vom 20. Februar bis 3. März der Arbeitsbund Italiens (Confederazione Italiana del Lavoro). Im ganzen bedeuten seine Verhandlungen eine Fortsetzung des Parteitag. Von eigentlichen Gewerkschaftsfragen wurde so gut wie nicht gesprochen. Dafür beherrschten zwei andere Fragen die Diskussion: 1. Soll der Arbeitsbund den mit der sozialistischen Partei Italiens geschlossenen Pakt erneuern, oder soll er sich in die unterwerfende Gefolgschaft der neuen kommunistischen Partei begeben? 2. Soll der Arbeitsbund den Trennungstrieb gegenüber Amsterdam leihen und sich der erst langsam aufsteigenden Moskauer Gewerkschaftsinternationale anschließen?

Die Auseinandersetzungen über diese Fragen führten oft zu kaum weniger erregten Zwischenfällen wie auf dem Parteitag. Gleichwohl ist unverkennbar, daß während der Jannarkongreß eine Tagung des Spaltens und Zerreißens war, auf dem italienischen Gewerkschaftskongreß das entgegengesetzte Bestreben, die Tendenz zur Sammlung und Einigung, vorherrschte.

Das trat bei Eröffnung der Tagung sogleich in Erscheinung, denn als dem Genossen Vacca, dem Generalsekretär der italienischen sozialistischen Partei, das Wort zur Begrüßung erteilt wurde und die kommunistische Gruppe Vacca am Sprechen hindern wollte, beantwortete die erdrückende Mehrheit der Delegierten diese Veruche der Kommunisten mit einer eindringlichen Kundgebung für die italienische sozialistische Partei. Das war die beste Zurückweisung der von den Kommunisten fortgesetzt ausgeführten Verdächtigung, die Leitung des Arbeitsbundes habe nur aus Furcht vor einer oppositionellen Mehrheit seit sieben Jahren die Einberufung eines Kongresses verschleppt, zugleich aber auch die reifliche Festigung der Machtbildung, mit der sich die italienischen Kommunisten umgeben hatten.

Aber es war noch mehr. Bekanntlich ist die bürgerliche Reaktion in Italien seit einigen Wochen in steigendem Maße. Mit den blutigsten Mitteln verfolgt sie die Arbeiterschaft, mordet deren Führer, brennt ihre Gewerkschaftshäuser und Druckereien nieder und führt einen systematischen Kampf gegen alle Organisationen und Erwerbsvereine der Arbeiterschaft. Die durch die inneren Kämpfe im Proletariat hervorgerufene Schwächung steigerte den Mut der Bourgeoisie aufs äußerste und galt ihr zugleich als Signal zum Angriff. Diese Erscheinungen konnten nicht ohne Rückwirkung auf das italienische Proletariat bleiben. Wer nicht vom Fanatismus gelendet war, der mußte erkennen, daß nur durch neue Sammlung der Schreienstaten der Bourgeoisie Einhalt geboten werden konnte und sich darum allen weiteren Spaltungstendenzen mit Entschiedenheit entgegenstemmen.

So bedeuteten gewissermaßen schon diese ersten elementaren Kundgebungen des Gewerkschaftskongresses eine Korrektur des kurz vorangegangenen Parteitags, die in den nachher gefaßten Entschlüssen eine Befestigung fand; denn mit 1435 873 gegen 432 564 Stimmen wurde eine Resolution angenommen, welche der bisherigen Leitung das Vertrauen ansprach und einer Erneuerung des mit der italienischen sozialistischen Partei geschlossenen Paktes zustimmte. Dieser Pakt ist so alt, wie die italienische Gewerkschaftsbewegung selbst. Durch ihn wird der Arbeitsbund in engste Gemeinschaft mit der politischen Partei gebracht. Praktisch unterwirft sich durch ihn der Arbeitsbund in allen politischen Fragen den Entscheidungen der Partei, während alle wirtschaftlichen Fragen seiner Kompetenz unterliegen. So hatte sich beispielsweise die Leitung des Arbeitsbundes gelegentlich im September erfolglos Forderungen, als diese sich zu einem politischen Konflikt ausprägten, freiwillig und rückhaltlos der Parteileitung unterworfen.

Diese in Italien bestehende enge Verbindung der gewerkschaftlichen Bewegung mit der sozialistischen gibt zugleich auch die Erklärung für die besondere Stellung, welche der Kongreß zur Frage der Gewerkschaftsinternationale einnahm. Mit demselben Stimmverhältnis wie oben, also gegen die Stimmen der Kommunisten, nahm er hierzu folgende Resolution an:

Der Kongreß beschließt:

1. Die bedingungslose Unterstützung der zur Schaffung einer roten Gewerkschaftsinternationale ergriffenen Initiative mit der Mahnung, daß die zwischen dem Arbeitsbund und der sozialistischen Partei bestehenden Beziehungen erhalten bleiben und für Italien der Grundlag der gewerkschaftlichen Einheit anerkannt wird.

2. Den Austritt aus der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale gemäß den aus dem Moskauer Gewerkschaftskongreß zu fassenden Entschlüssen.

Es ist klar, daß nach der von Moskau vorgelegenen Erkommung der italienischen sozialistischen Partei aus der kommunistischen Internationale, dieser Entschluß des Gewerkschaftskongresses unhaltbar ist. Wenn trotzdem maßgebende Führer wie D. Aragona und Balbell, welche zu den leidenschaftlichsten Bekämpfern der Moskauer Punkte und Thesen gehörten, mit derselben Leidenschaft für obige Resolution eingetreten sind, so zeigt dies, daß sie die Liebe zur italienischen sozialistischen Partei und zur Erhaltung des mit dieser geschlossenen Paktes, alle anderen Erwägungen in den Hintergrund schoben und auch über die praktische Unmöglichkeit dieses Entschlusses hinwegsehen ließen.

Internationale Metallarbeitertagung

Internationaler Metallarbeiterkongreß am 26. Juli in Berlin

Bern, 17. März.

Nach dreitägigen Verhandlungen ist die Tagung des Zentralkomitees und Exekutivauschusses des internationalen Metallarbeiterbundes abgeschlossen worden. Es nahmen daran 11 Delegierte aus Frankreich, Holland, Italien, Belgien, Deutschland, England, Ungarn, Österreich, der Slowakei, Luxemburg, Schweden und der Schweiz. Den Vorsitz führte Sig. Bern.

Zu der Stellungnahme zur Moskauer Gewerkschaftsinternationale wurde die russische Revolution einstimmig und einhellig begrüßt und dem russischen Proletariat Unterstützung zugesichert. Mit Bedauern wurde festgestellt, daß die Führer der kommunistischen Partei, von denen die meisten weder mit den wirtschaftlichen noch den politischen Verhältnissen der westeuropäischen Organisationen bekannt sind, über diese nur Beschimpfung und Spott übrig haben. Dies ist nicht der Wille des russischen Proletariats, sondern das Werk der despotischen Führer, die selbst der Arbeiterschaft die Wahrheit verschweigen. Deshalb können jene Metallarbeiterorganisationen, welche der Moskauer Internationale beitreten, nicht zugleich Mitglieder des internationalen Metallarbeiterbundes sein.

Gegen die in London beschlossene weitere Besetzung deutscher Städte wird Einspruch erhoben, weil sie den

Frieden verzögert und neue wirtschaftliche und militärische Konflikte provoziert. Das Komitee erklärt sich solidarisch mit der deutschen Arbeiterklasse, die gewillt sei, alle Kräfte zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete einzusetzen und die Pflicht einer Reparation anerkennt. Ein Wiederaufbau der Produktion und Konsumkräfte der Völker aller Völker bedingt die Internationalisierung der Kriegsschulden. Die allgemeine Abrüstung des Militarismus ist zur Sicherung des Friedens in allen Ländern notwendig.

Einem Statutenentwurf für den internationalen Verband wurde grundsätzlich zugestimmt. Er soll demnächst dem internationalen Metallarbeiterkongreß, der auf den 26. Juli d. J. in Berlin angelegt ist, vorgelegt werden. Die Landesorganisationen werden aufgefordert, die kämpfenden Verbände in Luxemburg und in Skandinavien finanziell und moralisch zu unterstützen.

Beschlagnahme des deutschen Eigentums in Amerika unzulässig. Der Treuhänder für die beschlagnahmten feindlichen Vermögen in den Vereinigten Staaten stellt fest, daß die Beschlagnahme des deutschen Eigentums in Amerika nicht zulässig sei, ohne daß der Kongreß diesem Vorgehen seine Billigung erteilt.

Freispruch im Parier Kommunistenprozeß. Der Seinergerichtshof sprach 10 Syndikalistinnen und Kommunisten frei, die unter der Anklage standen, ein Komplott gegen die Sicherheit des Staates geschmiedet zu haben.

15 000 Ballen amerikanische Baumwolle für die Tschchoslowakei. Die War Finance Corporation hat das Ersuchen eines amerikanischen Bankinstituts genehmigt, den Verkauf von 15 000 Ballen Baumwolle nach der Tschchoslowakei zu finanzieren.

Vergebens versuchte Himmen, der Vertreter der Amsterdamer Internationale, diesen Zwispalt aufzuzeigen und die verhängnisvollen Folgen eines solchen Entschlusses nachzuweisen. Himmen nannte es ein Verbrechen, alle die in der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale vereinigten Arbeiter, die zu großem Teil für ihren Kampf gegen den Kapitalismus mit Gefängnis und Leben gebüßt haben, als „Gelbe“ oder „Verräter“ zu bezeichnen. Warnend rief er dem Kongress zu: „Ihr seid ohne Kohle, ohne Geld, ohne Zucker. Ihr könnt die Revolution nicht ohne die Unterstützung der anderen Länder machen. Eure Arbeiter brauchen die Macht der deutschen Sozialisten, um sich das Leben zu sichern. Aus Liebe zur sozialistischen Partei mögt ihr nach Moskau gehen, aber das Interesse eurer Frauen und Kinder erheißt euren Verbleib in der Internationale von Amsterdam.“

Baldesi, der Himmen erwiderte, gab diese Behauptungen restlos zu, aber er meinte, man müsse nach Moskau gehen, um dort ein Gegengewicht zu Amsterdam zu schaffen. Man gehe aber nicht nach Moskau zur bloßen Entgegennahme von Befehlen, sondern, um in voller Freiheit zu prüfen, was dort zu machen sei. Aus seiner Rede hing auch die Hoffnung heraus, die dritte Internationale zur Aufnahme der italienischen sozialistischen Partei zwingen zu können.

Diese Ausführungen machte Baldesi im selben Augenblick, da der „Avanti“ in einem „Unser Weg“ überschriebenen Artikel die Notwendigkeit darlegte, der wiedererstandenen Reaktion mit den erprobten Mitteln des wissenschaftlichen Sozialismus unter Ausnützung aller Organisationen, wie Gewerkschaften, Konsumvereine und dergl., zu begegnen. Vollends aber wird der Widerspruch durch die Worte beleuchtet, die d'Aragnona am Tage zuvor an den Kongress gerichtet hat: „Wir haben den Gegner mit unseren Parolen nur erschreckt. Das Ergebnis bilden die Militärpolizei und der Faschismus. Dieser ist in demselben Augenblick entstanden, da die Organisation ihre höchste Entwicklung erreichte, sich aber überschlug. Und sie wird sich noch weiter überschlagen, wenn wir fortfahren, gewalttätige Redensarten zu führen und somit nur dem Gegner einen tatsächlichen Vorwand zur Gewaltanwendung gegen uns geben.“

In seinem Bestreben, die nationalen Kräfte des italienischen Proletariats neu zu sammeln, hat so der Gewerkschaftskongress die noch allein bestehende proletarische Internationale von Amsterdam geschwächt und sich selbst, ebenso wie die sozialistische Partei des Landes, in das Vorzimmer der Moskauer Diktatoren begeben. Da diese aber schon einen Serrati als Verräter abgestrichelt haben, so können auch die d'Aragnona und Baldesi nichts anderes als Zutritte erwarten.

Die Dauerfessionen des Reichstages

Am den gewaltigen Beratungskreis noch jetzt vor der Vertagung des Reichstages, die am Sonnabend erfolgen soll, zu erledigen, werden jetzt täglich Sitzungen abgehalten, die bis in die spä- ten Abendstunden hinein dauern. Auch die gestrige Sitzung erreichte erst gegen 11 Uhr ihr Ende. Bei der Vertagung des Tages des Postministeriums kam es zu einer sehr lebhaften Aussprache über das unerhörte Vorgehen des Postministers gegen uneheliche Mütter. Der Postminister Glasbeis verteidigte das Verhalten des Ministeriums. In einer ausgezei- chneten Rede, die von tiefem Gefühl und großen sozialen Empfin- den getragen war, wandte sich die Genossin Ziegler gegen ihn. Ihr schloß sich Frau Schröder (von den Rechtssozialisten) an. Die Zentrumsgewählte Frau Neubaus und der Deutschnationale Stamm keilten sich schärend vor den Minister. Als Stamm die Freiheit hatte und von gefallenen Mädchen sprach, gab es kurzweilige Entzückung auf der linken und in der Mitte des Hauses. Die Abstimmung über die Anträge gegen das Verhalten des Ministeriums wurde bis zur heutigen Sitzung zurückgestellt. Wir werden auf die ganze Angelegenheit und das Verhalten des Ministeriums noch ausführlich zurück- kommen.

Die heutige Sitzung verspricht eine ebensolche Dauerfession zu werden. Sie begann um 11 Uhr mit der Beantwortung von Anträgen. Auf der Tagesordnung stehen ferner neben der Etatsberatung die Beratung des Wehrgesetzes, der verschiede- nen Steuerentwürfe, der Postgebühren und das Gesetz über die Durchführung der Einwohnerverzeichnisse in Bayern.

Bei der Beratung des Haushalts des Reichs- administrierens ergreift als erster Redner der Genosse Simon das Wort. Er wendet sich gegen den Abbau der Reichs- behördenämter, der im Ausschuss gegen den Wider- stand der sozialistischen Parteien beschlossen wurde.

Die Fortsetzung des Berichts werden wir in der Sonnabend- morgen-Ausgabe veröffentlichen.

Die deutsch-russischen Beziehungen

Vorläufiges Protokoll unterzeichnet

Die Verhandlungen über den Ausbau und die Stabilisierung der bereits zwischen Deutschland und Rußland beste- henden Beziehungen haben zur Aufstellung eines vorläufigen Protokolls geführt, das am 18. Februar 1921 in Moskau von den Beauftragten des Auswärtigen Amtes und des Volks- kommissariats des Neuherrn unterzeichnet worden ist. Das Protokoll enthält neben einem Zusatzabkommen über die end- gültige Abwicklung der Kriegsgefangenen-Angelegenheiten ein Abkommen über die Rechte der beiderseitigen Vertretungen und Staatsangehörigen. Dieses zweite Abkommen nimmt die bereits bestehenden gegenseitigen Vertretungen zur Grundlage und erweitert ihre Rechte in konju- garischer und handelspolitischer Hinsicht. In Bezug auf die Rechte der beiderseitigen Staatsangehörigen sind im Abkommen Bestim- mungen getroffen, die den ungehinderten wirtschaftlichen Verkehr zwischen den beiden Ländern ermöglichen und sichern sollen.

Das Protokoll bildet gegenwärtig den Gegenstand der Prüfung bei den in Frage kommenden Regierungskreisen in Berlin und Moskau. Es besteht die Hoffnung, daß beide Abkommen aus- dieser Prüfung im wesentlichen unverändert hervorgehen werden, und daß daraufhin eine Unterzeichnung und ein Inkrafttreten nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen beider Länder baldigst erfolgen wird.

Die Potsdamer Waffenschließungen

Vertreibung an das Schwurgericht

Wie eine Potsdamer Lokalcorrespondenz mitteilt, erklärte sich nach der Aussage der ehemalige Kompanieführer von Des- wendal über die Geschäftsgesellschaften im Maschinen- gewehr-Depot III in Potsdam und nachdem des längeren darüber verhandelt wurde ob es sich um ein offizielles oder in- offizielles Waffenlager gehandelt habe, die Strafkammer für unzuständig und verwies die Sache an das Pots- damer Schwurgericht. Bereits in der nächsten Schwur- gerichtssitzung, die am 11. April beginnt, wird der Prozeß zur Aburteilung kommen. Es sollen zu diesem Prozeß auch Beamt- e der Entwaffnungskommission geladen werden.

Der Kessel-Prozess unterbrochen

Wegen Erkrankung des Vorsitzenden

Der Kesselprozeß gegen Hauptmann von Kessel wurde heute ganz unermutet unterbrochen. Der eine der beiden Belä- diger des Gerichtshofes, Geheimrat Werle, ließ die Zeugen zu- sammenrufen und teilte ihnen mit, daß der Vorsitzende, Land- gerichtsdirektor Dr. Weigert, plötzlich erkrankt und nicht imstande sei, die heutige Sitzung wahrzunehmen. Der Vorsitzende hoffte jedoch, morgen sich soweit wieder erholt zu haben, daß der Prozeß seinen Fortgang nehmen könne. Die Zeugen wurden hiezur entlassen und auf morgen bestellt.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen muß eine unterbrochene Ver- handlung spätestens am vierten Tage wieder aufgenommen oder endgültig vertagt werden.

Rücktritt Bonar Laws

London, 17. März. (Reuter.)

Im Unterhause teilte Lloyd George mit, daß Bonar Law aus Gesundheitsgründen zurückgetreten sei. Diese Mitteil- ung erregte im Unterhause große Ueberraschung.

Der Rücktritt Bonar Laws ist für die gesamte Zukunft der Koalition von größter Bedeutung. Wie verlautet, wird die unio- nistische Partei am Montag eine Sitzung abhalten, um den Nach- folger Bonar Laws zu wählen. Dafür kommt, wie verlautet, Chamberlain in Betracht. Der Nachfolger Bonar Laws wird wahrscheinlich auch als Führer des Unterhauses und als Stabschef des Ersten Ministers auftreten.

Bonar Law war Leiter des Unterhauses, Geheimlegats- walter und Führer der Unionistenpartei. Er ist jetzt 63 Jahre alt und trat 1900 ins politische Leben. In Neu-Brandschweig in Kanada geboren, wurde er auch dort erzogen und besuchte die

Universität in Glasgow. Im Jahre 1888 wurde er Teilhaber der Eisenfirma William Jago & Co. in Glasgow. Im Jahre 1900 zog er sich von den Geschäften zurück und wurde für den Wahlkreis Glasgow Mitglied des Unterhauses. In seiner Jung- fernrede griff er Lloyd George heftig an, weil dieser die Politik der Regierung im Vorentzuge scharf kritisierte. Im Jahre 1902 wurde er parlamentarischer Sekretär im Handels- ministerium. Im Jahre 1911 wurde er Leiter der Unionisten- partei. Man bezeichnete diese Wahl als ein Kompromiß, weil sich die Partei weder auf Chamberlain noch auf Wal- ther Long hatte einigen können, welche die Nachfolger Bal- four werden sollten. Als die Koalitionsregierung unter Lloyd gebildet wurde, wurde er Staatssekretär für die Kolonien und Mitglied des ministeriellen Kriegskabinetts. In dieser Zeit be- gann seine große Freundschaft mit Lloyd George. Nach dem Sturz Lloyd Georges sollte er die neue Regierung bilden, doch schlug er Lloyd George vor. Er selbst wurde Leiter des Unterhauses.

Die französische Kammerdebatte

Weitere Erklärungen Briands

Paris, 17. März.

Ministerpräsident Briand erklärt, die Wahrheit sei, daß das Pariser Abkommen nicht mehr existiere, denn wenn es bestünde, müßte es alle Unterschriften haben. Man sei also zum Friedensvertrag zurückgekehrt. (Lebhafter Beifall.) Die Reparationskommission arbeite an der Festlegung der deutschen Schuld. Sie könne jetzt zu einem Ziel kommen, weil die Einig- ung unter den Alliierten vorhanden sei. Er habe also recht ge- sagt, das Friedensabkommen von Versailles mit einem fort- gesetzten Werden zu veranschaulichen. Weil er eben die Fehler des Vertrages erkannt habe, sei es offenbar geworden, daß Frank- reich nur seine Rechte erlangen könne, wenn er es den Alliierten sage, wie er es tatsächlich getan habe. Die Geste, die wir unternommen, war eine erste. Aber wenn Großmächte wie Frankreich, England, Italien, Belgien und Japan ihre Pflichten vereinnahmen, um eine Zwangsmahnahme im Dienste des Rechtes auszuführen, dann muß die Geste Früchte tragen.

Briand fuhr fort, im Vertrag von Versailles gebe es sehr gute Sachen neben weniger guten. Es werde der Augenblick kommen, in dem er der Kammer Aufklärung geben werde, zeitig genug, damit er die erforderliche Verantwortlichkeit übernehmen könne. Wenn ein Minister sich an den Verhandlungstisch setze, und er habe hinter sich das ganze Land und die Unterstützung seiner Vertreter, und wenn dies es Land Frankreich sei, dann werde seine Stimme weitläufig vernehmbar sein. Unter dieser Bedingung verlange er das Vertrauen der Kammer.

Der Sozialist Sembat erklärte, er bedauere, daß man nicht den guten Willen der deutschen Arbeiterwelt in Rechnung stelle. André Leschore rief dagegen, er kenne keine zwei Deutschland. Die deutschen Sozialisten hätten an dem Angriff teilgenommen. Was hätten die französischen Sozialisten in diesem Falle getan? Sembat erwiderte: Sie hätten an keinem Angriff teilgenommen. André Leschore ant- wortet: Sie verstärkten nur meine Theorie, und Sie wissen auch, daß hier niemand weder Annerkennung wünscht, noch einen Imperia- lismus. Sembat fuhr fort, der Ministerpräsident habe in Lon- don auf diese Vorwürfe antworten müssen. Ministerpräsident Briand gab das zu.

Schließlich wurde, wie schon gemeldet, nach einer unwesentlichen Debatte die Tagesordnung Arragon angenommen, die folgenden Wortlaut hat: Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung und vertraut darauf, daß sie im Einklang mit den Alliierten die notwendigen Zwangsmahnahmen anwendet, um positive Ergebnisse hinsichtlich der Reparationen, der Entwaffnung und der Bestrafung der Kriegsschuldigen zu erlangen.

Russisch-türkische Unstimmigkeiten

London, 17. März.

Reuter meldet, daß die türkischen Nationalisten und die bolschewistischen Streitkräfte, die gegen die Republik Georgien kämpfen, jetzt miteinander in Verbindung stehen und das ganze Land überfluteten. Unheimlich herrsche indessen über den Besitz der Stadt Batum, die gegenwärtig sich in der Hand der Türken befindet, Uneinigkeit. Die Bolsche- wisten hätten der Türkei mitgeteilt, daß der Hafen der zu erwidren- den Sowjetrepublik Georgien überlassen werden müsse. Kars und Alexandropol müßten der Sowjetrepublik Armenien überlassen bleiben; dafür wünschten die Türken Ardahan behalten. Die Türken sollten indessen nicht geneigt sein, den Vorschlag anzunehmen. Sie hätten sich dabei auf den Vertrag von Brest Litowsk, nach welchem Batum der Türkei überlassen worden sei.

Der Tod der Kommune

Von Stanislaw Bepojowski

Zum 10. Jahrestag der Kommune veröffentlichen wir den folgende Artikel aus einem Roman „Blumen“ von Bepojowski. Der Held des Romans ist die Mensch geworden revolutionäre Idee und nimmt an den großen Kämpfen in Rußland und Westeuropa zwischen 1880 und den heftigsten Jahren teil. Der kleine Wikentil schließt den Endkampf der Kommune. Das Buch ist im Verlag Richard Bong, Berlin, erschienen.

Ich werde nicht erzählen von der Kommune. Jeder von uns kennt diese Geschichte einer Stadt, welche sah, wie der Verrat sie umgab, wie die Lüge sie mit einem gierigen Neß bedeckte, wie die Verleumdung einen Abgrund grub zwischen ihr und dem übrigen Frankreich.

Wer weiß, was die moderne Geschichte ist, der möge sich in den Anblick dieser Stadt, von Helden und Denkern versehen, dieser Stadt, die ein schaffiger Smerz der Vernichtung preisgab. Der Kropfbüß, von Ignismus zersprengte Kreis Thiers, der Volksmörder, das ist die symbolische Figur des modernen Bürger- tums. Seht euch diesen Mann genauer an. Mit allem hat er schon Handel getrieben: mit Kriegsrühm und Borsianerleigkeit, mit Freidenkertum und Christenglauben. Er hat schon so viele Lügen verstanden, daß er, wenn er allein mit keinen Gedanken ist, nicht mehr weiß, was für Ausbrüche er gebrauchen soll. Er hat das nicht nötig, keine Gedankenwelt ist eine ununterbrochene Zu- friedenheit mit sich selbst, mit seiner eigenen Gier und Verschlagen- heit. Dieser Mensch hat nie einen Freund gehabt, niemals hat er sich mit irgend etwas verwaschen gefühlt, immer nur ist er dem Gewinn nachgegangen, ganz gleichgültig, wo er ihn fand. Patriotismus und Revolution, Kirche und Unglaube, Despotismus und Republik, von allem hatte er seinen Profit. Er war außerhande, daran zu glauben, daß es überhaupt etwas Uninteressantes geben könne. Als Bismarck die Herrschaft des gedönten Jubalters sämt- licher Ideen gestürzt hatte, war Thiers ganz geteilt zwischen zwei Gefühlen: des Neides gegen den glücklichen Sieger und der Gier, wie er daraus einen Gewinn für sich herauszuschlagen könne. In ihm, in seiner schädigen Seele barg sich das alles, was von form- der Arbeit lebt, was sein Leben fristet durch die Unwissenheit und das Elend des Volkes. Dies alles behüte um kein Vaterland, um das teure, rentengiebende Frankreich. Mitten auf ihrem Weg war die gewaltige Vision der Heldenstadt emporgewachsen, der Stadt, welche bis zum letzten kämpfte, der Stadt, welche wie ein Vulkan kochte und ihre Ideen in die ganze Welt hinausprühte.

Paris, die heilige Stadt der Menschheit, ist nie größer gewesen, als zur Zeit der unsterblichen Kommune. Der verzweifelte

Kampf hatte die Atmosphäre gereinigt. Inmitten der Gefahren fühlten die Menschen sich plötzlich als Brüder: in Bomben- und Granatenregen wurde Paris als Hauptstadt des Geistes und der Menschheit wiedergegeben. Die Menschen hatten hier gelernt, sich nur auf sich selbst zu verlassen, sie hatten gelernt, sich in dem großen Anlagewert zu vereinen, sie hatten gelernt, ohne Furcht zu sterben. Die Seele der Kommune wurde von Heldenblüden gezeugt. Als die Bomben der Preußen die Häuser zerstörten, riefen die Pariser Frauen zu den Waffen, auf die Wälle! Das Ar- beiter-Paris hätte sich vor nichts gefürchtet, es hätte sich in den Ruinen der Häuser vergraben, ein Wall von Leichen, die für die Freiheit gefallen.

Von diesen Menschen sagte man, sie hätten ihr Vaterland nicht geliebt. Von ihnen, die ganz Frankreich zuriefen: Rühmt mit uns! Ich hörte, wie Blanqui rief: gebt allen Franzosen Waffen in die Hand, wir werden jeden Fußbreit Erde verteidigen. Waffen dem Volk, Waffen den schwelgen Händen!

Doch Waffen bedeuten — Macht. Aber Thiers wollte der Stadt logar ihre eigenen Kanonen stellen.

Ich sah, wie das Pariser Arbeitervolk sie umarmte, diese seine Gefährten, wie lebende Wesen, wie Freunde — die Frauen warfen Blumen unter ihre Räder an dem Tage, wo die heilige Kommune geboren ward.

Katja stand auf einem der Gefährten und rief: „Frauen von Paris, nicht einen Ruh, nicht eine Umarmung den Sklaven und Fesslingen. Sklaven können nicht die Väter unserer Kinder sein, denn wir wollen nicht für sie Schamrot werden. Freie Menschen wollen wir gebären, freie, nicht solche, die dem Unrecht der Men- schen leben. Arbeiterfrauen, Arbeiterkinder, wir wollen Kinder gebären für jene Zukunft, wo die Arbeit frei sein wird!“

Die Frauen klatschten Beifall und riefen: sie lebe hoch! Sie trugen sie auf ihren Armen, sie aber rief: „Zu den Waffen! Zu den Waffen!“

Und so sah ich sie dann diese ganze Zeit hindurch. Wo eine Abteilung von Arbeiterinnen zu warten begann, da er- griff sie die Fahne und rief: „Schände euch, wenn ich falle.“ Atemlos lief der riesige Korza immer hinter ihr her und rief: „Vive la commune!“ (Es lebe die Kommune!) Wohl der einzige Satz, den er französisch konnte.

Ich sah, wie sie stehend bei den Tragbahnen, auf denen man die Verwundeten und Toten trug, und hörte, wie sie rief: „Rache, Rache! Bergeht nicht, wie viele schon gefallen sind. Räter, schickt eure Söhne her, Schwestern — eure Brüder, Frauen — eure Männer. Wir Frauen werden die Zukunft erkämpfen, wir ge- bären die Kinder, wir wollen keine Sklaverei mehr auf Erden!“

„Paris wird sich nicht ergeben!“ rief sie, als die Versailer Truppen einrückten. „Paris wird sich nicht ergeben. Wir können

nicht, wollen nicht in Sklaverei leben, wir werden sterben, wir werden zugrunde gehen, um im Andenken fortzuleben als die große Stadt der Zukunft, die Stadt der Freiheit!“

Und mit einer Fackel in der Hand lief sie die öffentlichen Ge- bäude anzuländen, rief nach Pulver, Dynamit und Petroleum. „Sterben, lieber sterben unter den Trümmern, als weiter in Sklaverei zu leben! Ruft den Tod, den Tod ruft, ihr Töchter von Paris!“

Eine Straße nach der anderen lief in die Hände der Versailer. Die Verzweiflung bemächtigte sich auch der standhaftesten Seelen.

Katja lief von Barrikade zu Barrikade. „Wir ergeben uns nicht, wir ergeben uns nicht, frei wollen wir sterben!“

„Ehe no se rend pas, la commune de Paris!“ Und sie rief:

„Was fürchtet ihr denn? Den Tod? Der wird auch so kom- men, diese zahllose alte Heze mit dem Kräftod, sie wird kommen, sich an euer Bett legen, und ihr werdet Tage und Nächte lang im Finstern mit dem Tode ringen. Ist's nicht besser, mit der Waffe in der Hand zu sterben? Ist's nicht besser, zu sterben so, wie wir jetzt sind, wie Halbgötter, frei für immer, und frei zu bleiben?“

„Pariser, ich werde mich bis an mein Ende verteidigen, und sollte ich auch allein sein. Wer ist mit mir?“

Und rauchgeschwärmte Hände erhoben sich zu ihr, und flebe- helbe Lippen riefen: „In den Tod! Frei wollen wir sterben!“

„Frauen!“ rief Katja, hinaus, auf die Straßen, auf die Straßen, sterbet zusammen mit euren Brüdern und Männern! Seht, da liegen Flinten auf dem Pflaster. Flinten von Gefallenen, warum ergreift ihr sie nicht? Die Frauen werden kämpfen, wenn es an Männern fehlen wird. Gemein- ist die Frau, welche Paris überleben will!“

„Paris! Wagt ihr, was Paris ist? Die Stadt, die durch Jahr- hunderte ruft: Nichts steht höher als der Mensch, alles für den Menschen! Paris ist ein Wort, so heilig, wie das heiligste aller Worte — der Mensch!“

„Wir rufen nicht: Gott und Vaterland. So rufen die, welche von Nord und Rand leben. Gott, das ist die Sklaverei der See- len. Die Seelen müssen altern, damit die Räder arbeiten. Die Seele von Paris bedt nicht.“

„Wir werden keine Sklaverei mehr kennen, unsere Räder wer- den sich nicht mehr beugen: aufrecht und stolz werden wir in den Tod gehen.“

Am vorletzten Tage traf sie mich an einer Gasse. „Mich!“ rief sie, als ich an ihr vorbeiging, ohne sie zu sehen. „Ich dachte, du wärst schon gefallen, und ich wollte deinen Tod rufen; du lebst noch?“

